

Beiträge von Prof. Karl-Peter Sprinkart

Innovationsstau und Wissensgesellschaft

Während Sonntagsreden vor Optimismus strotzen und sich durch Bezugnahmen auf die Millenniumsziele etc. mit weitreichenden Horizonten schmücken, lässt sich im Konkreten auf breiter Front ein Innovationsstau beobachten. Probleme werden nicht gelöst, sie werden ausgesessen. Sie werden darüber hinaus nach einem korporatistischen Eskalationsspiel entwickelt, das mit zynischer Vernunft immer neue Monstren gebiert, immer dort wo Staatsinterventionismus und neoliberales Industrieparadigma zu Kompromissen ohne Weitblick kommen und gleichzeitig dieses medial als Jahrhundertlösung verkauft wird. Dies macht ärgerlich, von Wutbürgern ist die Rede.

Allen gegenteiligen Versicherungen der immergleichen Akteure zum Trotz scheint es immer auf dasselbe hinauszulaufen, auf unbefriedigende Lösungen, die in letzter Konsequenz nichts weiter tun, als die reale Problemlösung in der Zeit nach hinten zu schieben oder an andere, weniger gut einsehbarer Ort verlagern. Zeit kaufen, Probleme in Auffanggesellschaften oder atomare Zwischenlager auslagern, und so zu tun, als würde das ursprüngliche Bedrohungspotential damit verschwinden. Aus dem Auge, aus dem Sinn. Allerdings kommen irgendwann die so versteckten Risiken doch auf den Tisch, auch wenn es erstaunt, wie lange es dauert, bis die handelnden Akteure, die mit diesem Spiel angehäuften Risiken oder Schulden tatsächlich berechnen können.

Wie kann es angesichts dessen als richtig eingesehener und verbal immer wieder bemühten Zielen zu diesen unbefriedigenden Ergebnissen kommen? Woher kommt der Fluch, der an das Märchen vom Zauberlehrling erinnert, dass mit jedem neuen Lösungsversuch der vor uns liegenden Herausforderungen eine Dynamik ins Spiel kommt, die zu den immergleichen paradoxen Zyklen führt, aber am Ende mit jeder Runde von „Reformen“ die Probleme exponentiell angewachsen sind?

Eine vorläufige Antwort mag darin bestehen, dass in diesem Reformdiskurs zwei Logiken aufeinandertreffen, die auch bei gutem Willen nicht zusammenpassen und dort wo man nach Kompromissformeln sucht, ein Hybrid gebären, das schnell wieder zerfällt. Es geht um die Unvereinbarkeit der Grundvoraussetzungen der beiden Logiken, eines linearen Wachstumsparadigmas, hinter dem zentral die Idee der wirtschaftlichen Skalierbarkeit von Problemlösungen steht und einer Vorstellung von Gemeinwohl, die auf unveräußerlichen Lebensrechten beruht, die zwar wertbasiert, aber nur in Grenzen ökonomisch bewertbar sind. Versucht man beide Logiken über den gleichen Kamm zu scheren, bzw. sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, entstehen paradoxe Lösungen.

Im Folgenden soll versucht werden, exemplarisch am aktuellen Diskurs über die Gestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme, diese Paradoxie verständlich werden zu lassen und vor allem die dringende Notwendigkeit eines auf einem anderen Partnerschaftsmodell beruhenden dritten Wegs zu erläutern. Selbstverständlich könnten auch andere Felder gesellschaftlicher Herausforderungen, etwa die Zukunft unserer Währungssysteme hier als Beispiel herangezogen werden. Der Konflikt der Logiken ist vergleichbar. Die Fokussierung auf die Betrachtung der Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme ermöglicht es, im Detail Mechanismen und Auswirkungen zu identifizieren, die in unserer Lebenswelt, insbesondere wenn diese krisenhaft brüchig wird, verankert sind.

Unter sozialen Sicherungssystemen wird im Folgenden entsprechend einer Definition des Bundesministeriums verstanden „[...] *institutionell verankerte Unterstützungssysteme, die helfen, Lebensrisiken zu bewältigen und deren Folgen zu mindern.*“ Es werden unterschieden: informelle Solidargemeinschaften auf der Grundlage von Verwandtschafts- und anderen sozialen Beziehungen, kooperative Systeme der sozialen Sicherung aufgrund der Mitgliedschaft in Selbsthilfegruppierungen und berufsbezogenen Verbänden einschließlich gruppenbezogener Versicherungsformen (Unterstützungskassen und Kleinstversicherungen), private Versicherungen (Sach- und Lebensversicherungen) sowie die staatlichen formellen sozialen Sicherungssysteme (verschiedene Zweige der Sozialversicherungen).

In Deutschland gehen die sozialen Sicherungssysteme auf BISMARCKS Sozialgesetzgebung zurück. Er führte 1890 eine gesetzliche Renten- und Krankenversicherung ein. Später kam die Arbeitslosenversicherung hinzu. All diese Sicherungssysteme funktionieren nach dem Solidaritätsprinzip und dem Umlageverfahren. Grundlage hierfür bildet ein Generationenvertrag. Durch Arbeitslosigkeit und die Veränderung der Demographie ist das System aber gerade in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Da die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit günstige Arbeitskosten verlangen, will man auch die Lohnnebenkosten nicht mehr erhöhen, sondern senken. Der einzig sich bietende Ausweg aus neoliberaler Sicht scheint darin zu bestehen, das ganze System vom Umlageverfahren auf Kapitaldeckung mit privater Vorsorge umzustellen. Doch nicht nur beim Umlageverfahren müssen die Zahlungen von den Erwerbstätigen aufgebracht werden, sondern auch beim Kapitaldeckungsverfahren muss die Wirtschaft wachsen, müssen die Jüngeren die Rendite erwirtschaften.

Eine naheliegende Antwort auf das aufscheinende Problem bestand in einer Industrialisierung des Sozialen, die eine Reduzierung der Systemkosten zu versprechen schien. Durch die Umstellung auf eine kriterienbasierte Steuerungslogik sollte der Umschwung geschafft werden. Dies war der zentrale Ansatz hinter der Agenda 2010.

Was dabei herauskam, zeigt das eingangs zitierte Beispiel des aktuellen Hartz IV Diskurses, ein über ein Jahr dauerndes öffentliches Gezerre um eine Regelsatzveränderung von monatlich € 5, während parallel in Nacht- und Nebelaktionen im Zuge des Aufspanns eines Euro Rettungsschirms Schecks auf die Zukunft ausgestellt werden, deren Höhe und die damit verbundenen Zukunftsrisiken durch gezielte Nebelbomben im Unklaren (1) bleibt. Die die Rettungspakete begleitende Rhetorik erinnert an die Mantras von Gesundheitsbetern. „*Wir mussten es tun, um aus der Krise zu kommen.*“ Das wirkt wie ein Pfeifen im dunklen Wald, um die eigene Angst zu vertreiben.

Und was das Ganze umso schlimmer macht, ist, dass diese Stillstände, diese Krebsgänge rückwärts und seitwärts als entscheidende Durchbrüche verkauft werden. Und dies vor dem Hintergrund einer Welt, die nach Lösungen schreit, die in immer zunehmender Geschwindigkeit von einer Krise in die nächste taumelt. Der aktuelle Innovations- und Entwicklungsdiskurs etwa im Kultur-, Sozial- und Gesundheitsbereich ist bestimmt durch eine Modernisierungsrhetorik. Jetzt wird unter dem Stichwort Management umgebaut: das Ergebnis sind Kriterien basierte Wirkungssteuerung und mangelnde Qualität der Dienstleistung.

Ein Gutteil dessen, was heute als Megatrend die Diskurse im politischen Raum beherrscht und zum Handeln und zum Abschied vom Sozialstaatsmodell zwingt, ist altbekannt. Denkt man etwa an jenes politische Handlungsfeld, das mit dem Begriff demographischer Wandel beschrieben ist, dann kann man sich nur wundern: die im Kern dieser Bedrohung stehende Imbalanz unserer Demographie wird seit mindestens 40 Jahren diskutiert, die Zahlen sind einfach zu berechnen, die

Auswirkungen auf unser soziales Sicherungssystem, etwa das Rentensystem, das System des solidarischen Ausgleichs in der Krankenversicherung oder die Frage nach dem Migrationsbedarf unserer Gesellschaft, sind einfach zu berechnen.

Und dennoch herrschte bis vor kurzem in den Führungsriege von Politik, Wirtschaft und Sozialindustrie ein Desinteresse, das Problem des demographischen Wandels und der mit ihm verbundenen Folgewirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme zu thematisieren. Am besten beschreibt man dieses Thema mit dem Begriff eines gesellschaftlichen Innovationsstaus.

Die Mechanik hinter dieser Staubildung zu verstehen, bildet eine wesentliche Voraussetzung, will man die Entwicklung dieser Systeme wieder in Bewegung bringen und die Akteure und Entscheidungsträger mobilisieren, und so die Themen im Sinne zukunftsorientierter Lösungen weiterentwickeln.

Ähnlich wie beim Stau auf der Straße hilft nur „Runter vom Gas“, also weg vom Egoismus, denn dann kommen alle mit mittlerer Geschwindigkeit voran. Alternativ hilft eine zeitliche und räumliche Entzerrung, d.h. die Umfahrung des Engpasses durch die Entscheidung für alternative Wege. Am grundsätzlichsten könnte man darüber nachdenken, die Automobil-Verkehrsdichte durch eine Umlagerung auf andere Mobilitätssysteme zu verringern bzw. die Notwendigkeit des Reisens in Frage zu stellen und durch Nutzung anderer Formen der Kommunikation das Verkehrsaufkommen zu reduzieren. In der Metapher Mobilität steckt auch das Lösungsmodell für den gesellschaftlichen Innovationsstau und die Chancen, die Social Business hierfür bieten kann.

¹ Sinn, Hans-Werner: SZ Artikel 1.500 Milliarden an bisher eingegangenen Verpflichtungen, von denen allein Deutschland 400 Milliarden zu tragen hat.